



2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

ENTSCHLIESSUNG

KAMPF GEGEN HIV/AIDS

1. Die HIV/Aids-Pandemie stellt eine globale Herausforderung für die Entwicklung und den sozialen Fortschritt dar. Angaben von UNAIDS und der Weltgesundheitsorganisation zufolge leben schätzungsweise 33,4 Millionen Menschen mit HIV, wobei über 7.000 Menschen jeden Tag neu mit HIV infiziert werden und allein im Jahr 2008 2 Millionen daran gestorben sind, 70% davon in afrikanischen Ländern südlich der Sahara. In Afrika südlich der Sahara leben 22,4 Millionen Menschen mit HIV oder Aids, und dies ist die am stärksten betroffene Region, sowohl was die Zahl der Infektionen angeht als auch hinsichtlich der Auswirkungen, die die Pandemie hat. Die harte Realität sieht so aus, dass HIV/Aids nach wie vor erhebliche Auswirkungen auf Frauen hat, die schutzloser gegenüber der Pandemie sind. Die meisten HIV-Infizierten sind wirtschaftlich und sozial benachteiligt, und die Mehrzahl neuer HIV-Infektionen findet sich in Ländern mit niedrigem Einkommen.

2. Der Kongress stellt fest, dass die Folgen von HIV/Aids tief greifende Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Familien und ihre Abhängigen sowie auf die Wahrnehmung der Menschenrechte haben und Armut, Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit für die Beschäftigten und die Armen überall auf der Welt verursachen oder verschlimmern können. Er ruft andere in diesem Bereich Tätige auf, die wichtige Rolle des Arbeitsplatzes bei der Vorbeugung und Behandlung anzuerkennen. Der Kongress ist sich bewusst, dass die Folgen der HIV/Aids-Pandemie andere Ursachen für eine Benachteiligung und Ungleichheit in der Gesellschaft widerspiegeln und verschärfen, wie etwa die, unter der Frauen und Mädchen, junge Menschen, Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Schwule zu leiden haben. Die besondere Schutzlosigkeit von Frauen und Mädchen macht nachdrücklichere geschlechtsspezifische Perspektiven im Kampf gegen HIV/Aids unerlässlich.

3. Der Kongress ist tief besorgt angesichts des massiven menschlichen Leidens aufgrund der HIV/Aids-Pandemie. Er verpflichtet den IGB zu einer wirksamen Beteiligung an Maßnahmen, die darauf abzielen, HIV und Aids zu verhindern, unter Kontrolle zu bringen und letztendlich zu beseitigen.

4. Der Kongress bekräftigt erneut die wichtige Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation und ihrer Träger bei der Auseinandersetzung mit den betrieblichen Aspekten von HIV/Aids und begrüßt die Annahme einer neuen IAO-Empfehlung bezüglich HIV und Aids in der Welt der Arbeit. In diesem Zusammenhang betont der Kongress:

- die absolute Notwendigkeit, die HIV/Aids-Infizierten vor jeglicher Form von Diskriminierung bei der Arbeit zu schützen und die in IAO-Übereinkommen 111 und anderen IAO-Übereinkommen vorgesehenen Schutzmaßnahmen auf sie auszuweiten;

- dass Datenschutz und Vertraulichkeit unerlässlich sind, wenn ein betriebliches HIV/Aids-Programm Erfolg haben soll und dass sämtliche Kontrollen am Arbeitsplatz, einschließlich der Überwachung von und des Umgangs mit HIV/Aids-Fällen, ohne Beeinträchtigung des Rechtes der Beschäftigten auf den Schutz ihrer persönlichen Daten und auf Vertraulichkeit stattfinden müssen;
- die Notwendigkeit, dass nationale und betriebliche HIV/Aids-Programme in Rücksprache mit den Beschäftigten und ihren Vertretern konzipiert und durchgeführt werden;
- die Notwendigkeit einer Verknüpfung betrieblicher Gesundheitsprogramme mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst;
- die Notwendigkeit wirksamer, maßgeschneiderter Informationen und Maßnahmen zur Verminderung aller mit einem hohen Risiko verbundenen Verhaltensweisen, einschließlich des Spritzens von Drogen und eines risikoreichen Sexualverhaltens.

5. Der Kongress fordert die Regierungen zur Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern bei der Umsetzung des neuen IAO-Instrumentes auf, das unterstreicht, dass alle Länder ungeachtet ihrer Infektionsrate von einem Rechtsrahmen profitieren können, der mit HIV zusammenhängende betriebliche Herausforderungen offen aufgreift, vor Diskriminierung schützt, das Recht auf Datenschutz und Vertraulichkeit respektiert, Infektionsgefahren am Arbeitsplatz verhindert und für die Beteiligung aller Betroffenen in den relevanten Institutionen sorgt.

6. Der Kongress ist zutiefst besorgt über die Auswirkungen der globalen Krise auf die Finanzierung von HIV/Aids-Initiativen und ruft alle Regierungen auf, ihre Zusagen einzuhalten und die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um das Millenniums-Entwicklungsziel bezüglich HIV/Aids zu erreichen, d.h. den Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten für alle bis zum Jahr 2010 und den Stopp der Ausbreitung der Pandemie sowie die Einleitung einer Trendumkehr bis 2015. HIV-Präventions- bzw. -Behandlungsbemühungen sind durch die Krise bereits gefährdet. Der Kongress nimmt die diesbezüglichen Warnungen der Weltbank und des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria zur Kenntnis und unterstreicht, dass der Kampf gegen HIV/Aids kein weiteres Opfer der Krise werden darf.

7. Der Kongress ist sich bewusst, dass der gleichberechtigte und uneingeschränkte Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und insbesondere zu HIV-Medikamenten ein Menschenrecht ist. Die internationale Gemeinschaft sollte daher wirksame Maßnahmen fördern und der internationalen Entwicklungshilfepolitik und diesbezüglichen Programmen Priorität einräumen. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit, wirksame und für alle zugängliche öffentliche Gesundheitssysteme in allen Ländern aufzubauen, damit jeder Staat seiner Verantwortung gerecht wird und seinen Bürgerinnen und Bürgern die Wahrnehmung des Rechtes auf Gesundheit ermöglicht.

8. Der Kongress befürwortet Aufklärungsmaßnahmen zur Verbeugung vor HIV/Aids, durch schulische, kommunale und gewerkschaftliche Programme.

9. Der Kongress unterstützt das HIV/Aids-Programm von Global Unions uneingeschränkt, um Gewerkschaftsmaßnahmen bezüglich HIV/Aids am Arbeitsplatz zu fördern und eine einheitliche Lobbykampagne der Gewerkschaften für eine rechtsorientierte Auseinandersetzung mit der HIV/Aids-Pandemie durchzuführen.

IGB-Aktionsprogramm

10. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) HIV/Aids weltweit auf der Gewerkschaftsagenda stärker hervorzuheben;
- (b) die Bemühungen der Mitgliedsorganisationen um die Aufklärung sowie die Förderung und Entwicklung eines Verständnisses und einer Verpflichtung unter den Beschäftigten zu unterstützen, indem ihre Kapazitäten in Bezug auf eine rechtsgestützte Auseinandersetzung mit HIV/Aids ausgebaut werden;
- (c) Kampagnen zur Gewährleistung angemessener Gesetze bezüglich HIV/Aids im Sinne dieser EntschlieÙung und ihrer Umsetzung zu fördern, mit raschen und wirksamen Korrekturmaßnahmen und zugänglichen Behandlungsmöglichkeiten;
- (d) die uneingeschränkte und wirksame Umsetzung des neuen IAO-Instrumentes bezüglich HIV/Aids in der Welt der Arbeit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu unterstützen;
- (e) Arbeitgeberorganisationen in gemeinsame Bemühungen um die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von HIV/Aids am Arbeitsplatz einzubinden und dafür zu sorgen, dass sie sich an der Finanzierung des Zugangs zu einer ärztlichen Versorgung für HIV-Infizierte sowie an den erforderlichen Hilfs- und Schutzmaßnahmen beteiligen, vor allem in den von der Epidemie am stärksten betroffenen Ländern;
- (f) eine Kampagne gegen die Diskriminierung von HIV-Positiven sowie für Maßnahmen durchzuführen, die den Betroffenen die Möglichkeit geben, eine Arbeit zu finden, zu behalten bzw. ins Arbeitsleben zurückzukehren;
- (g) Partnerschaften u.a. mit der IAO, mit UNAIDS, der Weltgesundheitsorganisation, dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria und anderen betroffenen internationalen Organisationen auszuweiten;
- (h) sich für den Zugang der Gewerkschaften zu Mitteln aus dem Globalen Fonds einzusetzen;
- (i) die Herausforderungen anzugehen, die verhindern, dass die Beschäftigten in Entwicklungsländern und in anderen Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten haben, häufig bedingt durch den Patentschutz für pharmazeutische Produkte im Rahmen der Welthandelsorganisation;
- (j) ein wirksames globales und regionales Gewerkschaftsnetzwerk zur Bekämpfung von HIV/Aids zu fördern und
- (k) die geschlechtsspezifische Dimension von HIV/Aids bei allen Aktivitäten zu berücksichtigen.